

# **Fulda mit Weitsicht gestalten Haushalt 2024**

***Rede von Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingefeld  
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes  
in die Stadtverordnetenversammlung Fulda***

# „Fulda mit Weitsicht gestalten“

## I.

Die Haushaltsberatungen in den vergangenen Jahren waren immer wieder von neuen Herausforderungen, Krisen und Kriegen geprägt.

Die Erfahrung der Pandemie und der Krieg in der Ukraine erfüllten uns alle mit der Sehnsucht nach Sicherheit und Frieden. Umso bestürzender sind in diesen Tagen die Bilder und Nachrichten aus Israel und Gaza.

Wieder einmal zeigt sich, wie groß die Herausforderung für uns Menschen ist, in Frieden, Freiheit und in gegenseitigem Respekt miteinander zu leben. Das gilt für die internationalen Beziehungen und das Zusammenleben vor Ort – auch in unserer Stadt Fulda.

Fulda ist weiterhin eine wachsende Stadt. Im August 2022 lebten erstmals mehr als 70.000 Menschen in Fulda. Aktuell sind es bereits 70.857. Davon haben 55.753 einen deutschen und 15.099 einen ausländischen Pass. Menschen aus 143 verschiedenen Nationen bilden die Bürgerschaft Fuldas. Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger mit deutschem Pass ist trotz unseres Gesamtwachstums in den vergangenen fünf Jahren um 2.200 zurückgegangen. Das zeigt die Dynamik, mit welcher sich die Bevölkerung Fuldas verändert!

Das Wachstum und die Veränderungen in unserer Stadt stellen uns als kommunal Verantwortliche vor große Aufgaben: Es gilt, Wohnraum zu schaffen, Infrastruktur zu entwickeln, Bildungschancen für alle bestmöglich zu organisieren und für die Rahmenbedingungen für eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sorgen.

Wir wollen in Fulda nicht nebeneinander, sondern miteinander leben. Das setzt ein gemeinsames Verständnis von Grundregeln voraus: Die Würde des Menschen, die Freiheit und die Gleichheit sind Grundüberzeugungen, die wir von allen erwarten, die zu uns kommen. Es sind auch Werte, für die wir alle einstehen müssen.

Ein Fundament für unser Zusammenleben und die Solidarität ist auch der Gedanke der Nachhaltigkeit. Der Begriff der Nachhaltigkeit ist mittlerweile in Gefahr, inflationär verwendet zu werden. Im Marketing für Produkte und in der Außendarstellung von Institutionen hat man bisweilen den Eindruck, dass alles und jedes als „nachhaltig“ angepriesen wird. Und dennoch: Für den Haushalt einer Stadt ist der Anspruch, nachhaltig zu wirken, keineswegs eine Floskel, sondern von zentraler Bedeutung.

Nachhaltig zu handeln bedeutet, Rücksicht zu nehmen auf die nachfolgenden Generationen. Das gilt in ökologischer Hinsicht. Das gilt ebenso in finanzieller Hinsicht.

Ziel verantwortungsvoller Haushaltspolitik muss es sein, dass auch die nachfolgenden Generationen Gestaltungs- und Handlungsspielräume haben. Diese künftigen Gestaltungsmöglichkeiten können nur dann erhalten bleiben, wenn in den öffentlichen Haushalten die jährlichen Ausgaben zumindest nicht dauerhaft höher sind als die Einnahmen.

Diese vermeintlich einfache Erkenntnis stellt alle, die für öffentliche Haushalte Verantwortung tragen, derzeit vor große Schwierigkeiten. Die Jahre der Pandemie waren davon geprägt, dass sich der Bund und die Länder in erheblichem Maße verschuldet haben. Eine wachsende Verschuldung bedeutet eine steigende Zinslast und die Notwendigkeit, öffentliche Leistungen auf den Prüfstand zu stellen. Zeitgleich erkennen wir immer deutlicher, dass der traditionell so starke Wirtschaftsstandort Deutschland international an Wettbewerbsfähigkeit verliert und in vielen Bereichen sogar ins Hintertreffen geraten ist. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Die alternde Gesellschaft, der Fachkräftemangel, eine stetig wachsende Bürokratie, eine zu geringe Leistungs- und Risikobereitschaft, zu geringe Leistungsanreize, hohe Energiekosten sowie Zweifel an der Stabilität der Energieversorgung. All diese Aspekte zu beleuchten würde den Rahmen dieser Haushaltsrede sprengen.

Sehr klar ist aber die Schlussfolgerung, die Wirtschaftsexperten aus all diesen Faktoren mit Blick auf Deutschland ableiten: Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, deren Produktivität die Basis unseres Wohlstands und unseres Sozialstaats ist, sind deutlich schlechter geworden - und eine Trendwende ist keineswegs erkennbar. Der Publizist Michel Friedman, der hier im Fürstensaal bei der Verleihung des Winfriedpreises an Igor Levit als Laudator wirkte, formuliert es in seinem aktuellen Buch auf drastische Weise mit den Worten:

*„Wenn wir uns in diesem Jahrzehnt den Problemen nicht aktiv stellen, könnten Deutschland und Europa zur Bedeutungslosigkeit verkümmern.“*

Die Sorge vor einer Deindustrialisierung ist kein abstraktes Phänomen, welches irgendwo in Deutschland und Europa stattfindet. Wir erleben diese Deindustrialisierung auch ganz konkret bei uns: Goodyear und TEKNOS sind nur zwei Unternehmen, die leider exemplarisch für den Strukturwandel bei uns stehen. Unsere Solidarität gilt allen Beschäftigten, die um ihre Arbeit und ihre Zukunft bangen. Es steht allerdings zu befürchten, dass noch mehr Unternehmen mit ihren Mitarbeitenden vor großen Einschnitten stehen. Aus zahlreichen Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern habe ich den Eindruck, dass viele von Zukunftssorgen geplagt sind und eine Verlagerung der Produktion ins Ausland konkret in Betracht ziehen.

Die Bundesregierung versucht aktuell, mit dem sogenannten Wachstumschancengesetz die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern. Das klingt zunächst einmal positiv. Tatsächlich hat das Gesetz aber – sollte es in Kraft treten – massive negative Auswirkungen auf die Kommunen. Es ist geplant, dass bei der Gewerbesteuer die Besteuerung von Mindestgewinnen durch Ausweitung der Verrechnungsmöglichkeiten bei Verlustvorträgen halbiert wird. Im Klartext heißt das: Die Kommunen müssen nicht nur aufgrund nachlassender Wirtschaftskraft, sondern auch aufgrund der aktuellen Gesetzgebung mit weniger Gewerbesteuer-Einnahmen rechnen. Eine Kompensation dieser Verluste ist in keiner Weise in Sicht!

Bei allem Bekenntnis zur Zuversicht, für die ich nach wie vor bei all unseren Aufgaben stehe, sind wir dazu verpflichtet, diese Realitäten nicht zu ignorieren. Wir müssen uns den Realitäten stellen, sie analysieren und auf dieser Basis die richtigen Weichenstellungen für unser Handeln und unsere Entscheidungen vornehmen. Das gilt ganz konkret auch für den Haushalt 2024 – und auch für die folgenden Haushaltsjahre, die nach meiner festen Überzeugung in wirtschaftlicher Hinsicht sehr schwierig werden.

Der Entwurf des Haushalts 2024 verfolgt das Ziel, rechtzeitig durch eine Konzentration auf unsere zentralen Gestaltungsfelder, durch Einsparungen und eine Erhöhung der Erträge einen Beitrag dazu zu leisten, dass auch kommende Generationen die Möglichkeit haben, Fulda zu gestalten.

## II.

### **Eckdaten im Überblick:**

Die Gesamterträge steigen gegenüber dem Vorjahr um rund 7,2 Mio. EUR auf rund 254 Mio. EUR. Die Gesamtaufwendungen erhöhen sich um rund 7,1 Mio. EUR auf rund 263 Mio. EUR.

Für 2024 ergibt sich im Ergebnishaushalt ein Fehlbedarf von 8,6 Mio. EUR. Auch wenn das Ziel besteht, im Haushaltsvollzug einen Ausgleich zu erreichen, ist dieser Fehlbedarf doch ein klares Indiz dafür, dass wir nicht von haushalterischer Normalität sprechen können und dürfen.

## III.

### **Erträge:**

Das Gesamtsteueraufkommen wird voraussichtlich bei 118 Mio. EUR liegen. Das bedeutet eine Verbesserung von rund 3,4 Mio. EUR.

Der Gewerbesteueransatz ist mit 55 Mio. EUR identisch mit 2023. Wie immer gilt der Grundsatz, dass die Gewerbesteuer volatil ist. In Anbetracht des bereits erwähnten Wachstumschancengesetzes und der internationalen Konflikte gilt dies mit Blick auf das kommende Jahr jedoch in besonderem Maße.

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer erhöhen sich voraussichtlich um 2,1 Mio. EUR auf 38,6 Mio. EUR.

Bei der Grundsteuer B kann bei leicht steigender Tendenz mit rund 11 Mio. EUR gerechnet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Fulda erhebt im Vergleich mit den anderen Sonderstatusstädten und den kreisfreien Städten in Hessen bei der Grundsteuer B den niedrigsten Hebesatz und bei der Gewerbesteuer den zweitniedrigsten Hebesatz. Wir haben schwierige Rahmenbedingungen und einen steigenden Finanzbedarf.

Trotzdem will ich Ihnen vorschlagen, die Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer **nicht** zu erhöhen.

Unsere Unternehmen und unsere Bürgerinnen und Bürger sind alle mit großen Unsicherheiten und mit einer hohen Inflation konfrontiert. Umso mehr sollte es gerade jetzt unser Ziel sein, diejenigen, die als Bürgerinnen und Bürger hier leben und als Unternehmen unseren Wohlstand erwirtschaften, nicht stärker zu belasten!

Die Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen sowie allgemeinen Umlagen sind mit rund 68 Mio. EUR veranschlagt. Das sind rund 7 Mio. EUR weniger als im Vorjahr! Hauptursache für diese Verschlechterung gegenüber 2023 sind die im Kommunalen Finanzausgleich vorgenommene landesweite Verringerung des maßgeblichen Grundbetrages je gewichteten Einwohner und die Auswirkungen erhöhter Gewerbesteuereinnahmen aus den Vorjahren. Zudem wirkt sich die Kopplung des Kommunalen Finanzausgleichs an den neuen Landesentwicklungsplan negativ aus. Nur ungern erinnere ich daran, dass die Stadt Fulda durch die Änderung des Landesentwicklungsplans dem sogenannten *hochverdichteten Raum* zugerechnet wird. Für die daraus resultierenden Rückgänge der Finanzzuweisungen sind zwar zeitlich befristete Kompensationsleistungen vorgesehen. Diese werden vom Land jedoch kontinuierlich abgeschmolzen: 2023 waren es noch 2,3 Mio. EUR, für 2024 sind nur noch 2 Mio. EUR vorgesehen.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend gilt leider festzuhalten: Bei den wesentlichen Erträgen ergibt sich nur bei der Einkommenssteuer eine nennenswerte Steigerung um 2,1 Mio. EUR. Demgegenüber steht ein Rückgang bei den sonstigen Erträgen aus Zuweisungen, Zuschüssen und allgemeinen Umlagen von 6,8 Mio. EUR.

In Anbetracht unserer großen haushalterischen Herausforderungen möchte ich Ihnen mit Blick auf die Erträge zwei Maßnahmen vorschlagen, mit denen wir aktiv gegensteuern können. Dazu gehört, den Steuersatz der Spielapparatsteuer erneut zu erhöhen. Wir können damit sicherlich keinen spürbaren Beitrag leisten, um die Probleme, die aus der Spielsucht erwachsen, zu lindern. Wir können aber mit einer Anhebung die Erträge der Stadt um rund 400.000 EUR pro Jahr steigern und sinnvoll für das Gemeinwohl nutzen. Ich bitte Sie dafür um Ihre Unterstützung!

Als weiteren Baustein zur verlässlichen Erhöhung der Erträge möchte ich Ihnen einen Vorschlag unterbreiten, der weder unsere Bürgerinnen und Bürger, noch Fuldaer Unternehmen belastet: Die Einführung einer Tourismusabgabe. Diese würde bedeuten, dass jeder Hotelgast pro Übernachtung einen Beitrag von 2 EUR leistet. Bei aktuell rund 700.000 Übernachtungen könnte das eine Einnahme von rund 1,4 Mio. EUR im Jahr bedeuten. In den vergangenen Jahren verzichteten wir - anders als viele andere Städte - auf die Einführung einer solchen Abgabe. In den vergangenen Monaten konnten wir unter Beweis stellen, dass wir als Stadt mit unseren Kulturveranstaltungen, wie z.B. den Konzerten auf dem Domplatz, dem Musicalsommer, dem Format „Kultur.Findet.Stadt“, der Landesgartenschau und dem Weihnachtsmarkt aktiv einen Beitrag dazu leisten, dass die Hotels von einer mehr als guten Nachfrage profitieren können.

Dieses städtische Programm, welches unser Leitmotiv umsetzt, die Fuldaer Innenstadt als „Kultur- und Erlebnisraum“ zu gestalten, ist kein Selbstläufer. Die hohe Zahl und die hohe Qualität dieser Veranstaltungsformate kostet auch Ressourcen. Die Einnahmen aus einer Tourismus-Abgabe können und sollen nicht für den allgemeinen Haushalt, sondern zielgerichtet für die Finanzierung von touristisch relevanten Maßnahmen und Kulturveranstaltungen eingesetzt werden. Wenn wir als Stadt weiterhin das erreichte hohe Niveau an Veranstaltungsprogrammen für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber eben auch für unsere Gäste bieten wollen, halte ich die Einführung einer solchen Tourismus-Abgabe für sinnvoll und bitte auch insoweit um Ihre Unterstützung.

#### IV.

##### **Aufwendungen:**

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2024 ist geprägt von erheblichen Steigerungen auf der Aufwandsseite.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen im Jahr 2024 erneut deutlich: um 7,7% auf insgesamt 89 Mio. EUR.

Der Anstieg hat im Kern zwei Gründe: zum einen die vor einigen Monaten beschlossenen Tariferhöhungen, die im Wesentlichen ab 2024 zum Tragen kommen. Zum anderen 32 neue Stellen, vor allem in den Bereichen Grünflächen, Stadtservice, Personal, IT/Digitalisierung, Bürgerbüro, Brand-/Zivilschutz und Jugendamt. Ich kann Ihnen versichern, dass alle Stellenplananforderungen sehr kritisch auf den Prüfstand gestellt wurden. Gleichwohl ist dieser Zuwachs an Personal erforderlich, um all die uns zugewiesenen Aufgaben adäquat zu bewältigen.

Mehr Kindergärten bedeuten zwangsläufig mehr Stellen für Erzieherinnen und Erzieher. Mehr Grünflächen bedeuten zwangsläufig, dass das Amt für Grünflächen und Stadtservice gestärkt werden muss!

Dennoch stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, die Zahl der Stellen und damit die Personalaufwendungen im Rahmen zu halten. Mit Blick auf Fulda müssen wir dabei konstatieren, dass wir eine stark wachsende und eben keine schrumpfende Stadt sind. Außerdem werden wir durch die Gesetzgebung auf der Bundes- und Landesebene immer wieder mit wachsenden Aufgaben belastet, die zusätzliches Personal erfordern.

Gleichwohl ist es unsere Verpflichtung, immer wieder eine Aufgabenkritik vorzunehmen und die Frage zu stellen, welche Aufgaben für uns als Stadt wirklich verpflichtend sind.

Im Ergebnis einer solchen Aufgabenkritik möchte ich Ihnen mit dem Haushalt 2024 eine Strukturveränderung vorschlagen, die dazu geeignet ist, den Aufwand für die Stadt zu reduzieren und dabei zugleich die Qualität des Angebots für unsere Bürgerinnen und Bürger nicht zu schwächen, sondern sogar zu stärken.

Konkret will ich Ihnen vorschlagen, einige Aufgaben der Sozialverwaltung auf den Landkreis Fulda zu übertragen. Hier geht es konkret um den Bereich des Sozialgesetzbuchs XII, im Allgemeinen als „Sozialhilfe“ bezeichnet und die Verwaltung des Wohngeldes. Hier geht es insgesamt um 30 Beschäftigte. Schon jetzt arbeiten die Kolleginnen und Kollegen von Stadt und Landkreis räumlich unter einem Dach im Behördenhaus am Schlossgarten. Eine Aufgabenwahrnehmung durch den Landkreis könnte in noch besserem Maße einen einheitlichen Qualitätsstandard in Stadt und Landkreis gewährleisten. Auch die Potentiale der Digitalisierung könnten gemeinsam noch besser ausgeschöpft werden.

Und nicht zuletzt hat der Landkreis Fulda bessere Chancen als die Sonderstatusstadt Fulda, dass die Personalaufwendungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs berücksichtigt werden. Andere Sonderstatusstädte wie Gießen sind bereits diesen Weg gegangen. In Anbetracht unserer bewährten und guten Kooperation mit dem Landkreis Fulda halte ich diese Bündelung für die Sozialverwaltung beim Landkreis auch bei uns für einen sinnvollen Weg!

Der Vorschlag einer noch engeren Zusammenarbeit mit dem Landkreis Fulda in dem Bereich der Sozialverwaltung ist mit Landrat Woide und dem Ersten Kreisbeigeordneten Schmitt abgestimmt und findet deren Unterstützung. Ich möchte auch Sie als Stadtverordnete um Ihre Unterstützung bitten!

Meine Damen und Herren,

die Aufwendungen für Steuern und Umlagen erhöhen sich auch im Jahr 2024 erneut auf rund 40 Mio. EUR. Die größten Einzelpositionen sind dabei die Kreisumlage mit 32 Mio. EUR, die Gewerbesteuerumlage mit 5 Mio. EUR und die *sogenannte* Heimatumlage mit 3 Mio. EUR.

Die Abschreibungen erhöhen sich um 1,3 Mio. EUR auf 23,1 Mio. EUR infolge der Fertigstellung von zahlreichen Baumaßnahmen.

In einer wachsenden Stadt wie Fulda ist das Vereinsleben besonders wichtig. Kultur und Sport führen die Menschen zusammen. Von vielen Vereinen weiß ich, dass es nach der Pandemie noch schwerer geworden ist, Menschen für ein längerfristiges ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Umso wichtiger ist, dass wir als Stadt unsere Vereine verlässlich fördern. Der städtische Haushalt bietet hierfür eine solide und verlässliche Basis.

Ich möchte heute in diesem Rahmen allen danken, die sich ehrenamtlich dafür einsetzen, dass der Zusammenhalt gewahrt wird und die Vereine in die Zukunft geführt werden!

Wir verfolgen auch mit dem Haushalt 2024 das Ziel, dass sich das Vereinsleben in adäquaten Räumlichkeiten entfalten kann. Die von uns für den Zusammenhalt als sinnvoll und notwendig erkannten Bauvorhaben werden weiter geplant und umgesetzt: Beispielhaft stehen hierfür die Bürgerhäuser Bronnzell, Kämmerzell und die Grillenburg in Lehnerz.

## V.

### **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe:**

Die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe steht beispielhaft dafür, wie unsere kommunalen Kernaufgaben einen immer höheren Mitteleinsatz erfordern: Der Aufwand steigt hier erneut um 3,5 Mio. EUR auf rund 68 Mio. EUR. Der Anteil an den Gesamtaufwendungen des Haushalts steigt erneut auf nunmehr 32%.

Der Eigenbeitrag, den die Stadt nach Abzug aller Zuweisungen aus rein kommunalen Mitteln zu leisten hat, steigt weiter auf rund 47,4 Mio. EUR.

Hauptursachen für die steigenden Aufwendungen sind der zunehmende Personalaufwand und steigende Zuschüsse bei der Kindertagesbetreuung.

Die Aufwendungen für Personal, Versorgung und Personaldienstleistungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe belaufen sich mittlerweile auf rund 24 Mio. EUR. 2014 betragen die Aufwendungen in diesem Bereich 9,7 Mio. EUR! Das bedeutet eine Steigerung um 147% in zehn Jahren!

Beim Ausbau der Kinderbetreuung steht weiterhin die Altersgruppe zwischen 3 und 6 Jahren im Fokus. Dazu werden 2024 erneut mehr Mittel benötigt. Der geplante städtische Zuschuss erhöht sich auf 7.000 EUR – pro Jahr und pro Betreuungsplatz!

Erfreulicherweise hat sich die neue digitale Anmeldeplattform für Kita-Plätze bewährt. Dieses Verfahren ermöglicht noch mehr Transparenz und vereinfacht das Verfahren für Eltern. Im Ergebnis können wir festhalten, dass bis auf wenige Ausnahmefälle alle Kinder im Alter zwischen 3 und 6 einen Betreuungsplatz erhalten haben. Das unterscheidet die Situation in Fulda von vielen anderen Städten unserer Größenordnung!

Die Baumaßnahmen in Edelfeld und Lehnerz zeigen deutlich, dass wir beim Bau zusätzlicher Betreuungsangebote weiter vorankommen.

Zu den wichtigsten Haushaltspositionen gehören die Erziehungs- und Eingliederungshilfen für junge Menschen. Für das kommende Jahr planen wir mit einer weiteren Erhöhung auf 13,5 Mio. EUR, was einer Steigerung von ca. 6% entspricht.

Bei aller Sorge um die Kosten im Bereich der Jugendhilfe können wir froh und dankbar sein, dass Fulda für Kinder und Familien besonders attraktiv ist.

Es geht hier in erster Linie um die Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger. Doch Familienfreundlichkeit ist auch ein entscheidender Standortfaktor im härter werdenden Wettbewerb um Fachkräfte. Von daher ist es auch im Interesse der heimischen Wirtschaft, wenn Fulda als familienfreundliche Stadt überzeugen kann!

## VI.

### **Schule, Bildung und Kultur**

Unsere Aufwendungen als Schulträger bleiben mit ca. 24 Mio. EUR auch 2024 auf hohem Niveau. Die größten Maßnahmen sind die energetische Sanierung der Brüder-Grimm-Schule, der Neubau der Cuno-Raabe-Schule, der weitere Umbau der Bonifatiuschule, der Umbau der Sturmusschule, die Sanierung der Domschule und die Sanierung der Sport- und Außenanlage der Heinrich-von-Bibra-Schule. Der geplante Rechtsanspruch auf eine Nachmittagsbetreuung in Grundschulen ab 2026 stellt für alle Kommunen, auch für uns in Fulda, eine gewaltige Herausforderung dar. Insgesamt müssen wir allein für die Investitionen für die Nachmittagsbetreuung an Grundschulen in den kommenden Jahren mit einem Mittelbedarf von mehr als 25 Mio. EUR rechnen. Fördermittel des Bundes werden voraussichtlich nur in Höhe von ca. 2,6 Mio. EUR zu erwarten sein. Das zeigt sehr deutlich eine beklagenswerte Diskrepanz. Einerseits definiert der Bund hohe Anforderungen an die Kommunen und schürt hohe Erwartungen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Andererseits stellt er den Kommunen nicht ansatzweise die Mittel zur Verfügung, die zur Bewältigung dieser Aufgaben erforderlich sind. Diese Art von Politik muss endlich ein Ende haben!

Und das ist das Signal, welches wir unter der Überschrift „Halt!“ derzeit parteiübergreifend als Kommunale Spitzenverbände in Hessen nach Wiesbaden und Berlin senden! Das sage ich ganz bewusst überparteilich, denn federführender Initiator der Initiative ist mein Kollege vom Städte- und Gemeindebund, Matthias Baaß, der seit 26 Jahren Bürgermeister im südhessischen Viernheim ist und der SPD angehört.

Wir als kommunale Vertreter hoffen und erwarten, dass unsere Forderungen endlich auf der Bundes- und Landesebene Gehör finden! Wer zusätzliche Aufgaben auf die Kommunen überträgt, der muss auch für die Finanzierung sorgen. Oder ganz einfach formuliert: „Wer bestellt, bezahlt!“. So einfach ist das!

Meine Damen und Herren, die Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Fulda sind ein zentraler Baustein unseres Bildungsangebots für alle Generationen. Insbesondere bei der Aufgabe, Menschen, die zu uns kommen, zu integrieren, spielen sie eine zentrale Rolle. Für den Erfolg der Integration ist es entscheidend, wie schnell es gelingen kann, die deutsche Sprache in Wort und Schrift zu erlernen. Das gilt im Kindergarten, in der Schule und in der Volkshochschule. Dementsprechend benötigt unsere Volkshochschule mehr Raum und mehr Entfaltungsmöglichkeiten.

Deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, dass die Volkshochschule der Stadt gemeinsam mit der Volkshochschule des Landkreises künftig unter einem Dach in der Fuldaer Innenstadt für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten wird. Hierbei geht es ausdrücklich nicht um eine rechtliche Fusion der beiden Volkshochschulen, sondern um eine Bündelung der Ressourcen in gemeinsamen Räumlichkeiten im City-Haus des Kerber-Areals. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Bündelung aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger Vorteile bietet und die Volkshochschulen auch hier gemeinsam die Chancen der Digitalisierung noch besser nutzen können. Das City-Haus des Kerber-Areals mit seiner zentralen Lage und hervorragender Anbindung ist ideal dazu geeignet, ein attraktiver und moderner Bildungsort zu werden, der alle Generationen dazu einlädt, die so vielfältigen Angebote der Volkshochschulen zu nutzen! Ich freue mich, dass Landrat Woide diese Idee unterstützt und bin zuversichtlich, dass die entsprechenden Planungen zur Gestaltung der Räumlichkeiten zügig voranschreiten. Für diese Bürogemeinschaft der Volkshochschulen unter einem Dach benötigen wir keinen formellen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Gleichwohl darf ich Sie darum bitten, das Vorhaben positiv zu begleiten!

Meine Damen und Herren,

einer Stadt wie Fulda mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 70.000 und einer starken regionalen und überregionalen Strahlkraft kommt auch die Rolle zu, für ein vielfältiges Kultur- und Bildungsangebot zu sorgen.

Beim Rückblick auf das Jahr 2023 bin ich sehr dankbar dafür, wie sehr Kulturveranstaltungen unsere Innenstadt geprägt haben: Das Programm unseres Schlosstheaters, der Musical-Sommer, das Format „Kultur.Findet.Stadt“ oder die Domplatzkonzerte sind hier nur einige Beispiele.

Der Sommer 2023 hat einmal mehr bewiesen: Es ist richtig, die Innenstadt nicht nur als Ort des Handels und der Dienstleistungen, sondern als Kultur- und Erlebnisraum weiter zu entwickeln.

Das bedeutet, dass wir immer wieder Anlässe schaffen müssen, um Menschen aus nah und fern dazu einzuladen, die Fuldaer Innenstadt zu besuchen.

Deshalb ist es für uns wichtig, dass wir ein attraktives Programm im Schlosstheater, einen Musicalsommer mit stetig neuen Angeboten, wie z.B. möglichst alle 5 Jahre ein Open-Air-Musical, attraktive Domplatzkonzerte und auch immer wieder neue Formate wie z.B. „Kultur.Findet.Stadt“ bieten. Fulda hat sich mittlerweile als Kulturstadt überregional einen Namen gemacht. Diesen Weg gilt es fortzusetzen!

## VII.

### **Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung**

Meine Damen und Herren,

die wachsende Einwohnerzahl Fuldas ist auch ein Auftrag an uns als Stadt, die Schaffung von Wohnraum zu unterstützen.

Der Bund hat beklagenswerterweise lange Zeit die Realitäten ignoriert. Viel zu lange wurde das unrealistische Ziel proklamiert, 400.000 Wohnungen zu schaffen - ohne auch nur ansatzweise zu erklären, wie dies gelingen soll und welche Rolle der Bund dabei zu spielen gedenkt.

Immerhin hat nun Ende September der sogenannte „Baugipfel“ stattgefunden. Es bleibt nur zu hoffen, dass den Diskussionen und Ankündigungen, die vor allem Unsicherheit zum Ergebnis hatten, endlich Taten folgen. Wir brauchen keine weitere Verunsicherung, sondern ganz konkrete Anreize für die Schaffung von Wohnraum!

Ich bin Ihnen als Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung dankbar, dass Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 bereit waren, unser städtisches Förderprogramm für die Schaffung von mietpreisgebundenem Wohnraum noch deutlich attraktiver zu gestalten.

Diese Bereitschaft trägt jetzt - auch in schwieriger Zeit - Früchte. Im laufenden Programmjahr konnten wir im Rahmen unserer städtischen Förderung nach aktuellem Stand bereits 121 mietpreisgebundene Wohnungen zur Förderung beim Land Hessen anmelden. Im Vergleich zum vorherigen Jahr stellt dies eine signifikante Steigerung um rund 50% dar. Im Jahr 2022 konnten lediglich 84 Wohnungen beim Land zur Förderung angemeldet werden. Dabei können wir sicher davon ausgehen, dass zumindest zwei der Projekte nicht realisiert worden würden, wenn die Stadt Fulda die städtischen Konditionen nicht zum Januar 2023 verbessert hätte.

Mit Blick auf die 121 im laufenden Jahr angemeldeten Wohnungen ist übrigens bemerkenswert, dass dabei weitere 231 beantragte Einheiten für studentisches Wohnen noch gar nicht enthalten sind.

Die Daten belegen, dass unser im Dezember 2015 aufgelegtes Förderprogramm erfolgreich ist. Wir in Fulda setzen konkrete Anreize, um Wohnraum zu schaffen. Unsere Erfahrungen ermutigen hoffentlich weitere Kommunen in der Region dazu, eigene Förderprogramme auf den Weg zu bringen. Sozialer Mietwohnungsbau kann nicht nur Aufgabe der Stadt Fulda sein!

Unsere Erfahrungen in Fulda zeigen aber auch, dass es immer wieder darauf ankommt, die Förderrichtlinien an das dynamische Geschehen im Bausektor anzupassen.

Immer wieder wird in den überregionalen Medien, aber auch in der Bundespolitik behauptet, dass der Wohnungsbau aufgrund des Mangels an Bauland nicht vorankomme.

Bezüglich der Stadt Fulda ist dieser Vorwurf schlicht unzutreffend. Durch langjährige Arbeit und das stete Bemühen um Flächen sind wir nun in der bemerkenswerten Situation, Bauland bieten zu können, z.B. im Waidesgrund und in Haimbach. Auch in Kämmerzell, Bronnzell, Oberrode und Niederrode kommen wir gut voran, um Flächen für den Wohnungsbau bieten zu können.

Fuldas Wachstum, welches wir bewusst behutsam gestalten wollen, erfordert es auch, unser Mobilitätskonzept stetig weiter zu entwickeln. Auch hier gilt es jedoch, keine Erwartungen zu schaffen, die später enttäuscht werden, sondern den Blick auf die Realitäten und das Machbare zu richten.

Im Zusammenhang mit der Landesgartenschau konnten wir mit neuen Fußwegen zwischen Fulda-Galerie und Neuenberg und entlang des Rosenbads neue Akzente für die fußgängerfreundliche Stadt setzen. Auch im Radwegebau wird kontinuierlich weiter investiert, u.a. in den Radweg zwischen Bronnzell und Kohlhaus.

Der Etat für Verkehrsflächen und den ÖPNV bleibt auf einem sehr hohen Niveau und beträgt insgesamt rund 20 Mio. EUR zuzüglich Investitionen in Höhe von rund 10 Mio. EUR. Allein für den ÖPNV hat die Stadt im Rahmen der Dividendenermittlung der RhönEnergie Fulda einen Verlust von 5,5 Mio EUR zu tragen

Auch heute möchte ich erneut für das Pilotprojekt der Stadt Fulda und der RhönEnergie Fulda zum E-Car-Sharing werben! Denn Sharing-Angebote dürfen nicht nur in der Theorie, sondern müssen auch in der Praxis Teil unseres Mobilitätskonzeptes sein. Bei der Quartiersentwicklung im Waidesgrund wollen wir dies in größerem Maßstab umsetzen!

Meine Damen und Herren, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten kommt es darauf an, dass wir weiterhin eine aktive Politik der Stadtentwicklung verfolgen. Deshalb sieht der Haushalt 2024 steigende Grunderwerbsmittel in Höhe von 7,0 Mio. EUR vor.

Für weitere Investitionen in die Stadtentwicklungsgebiete ist wiederum ein hoher Wert von 11,4 Mio. EUR vorgesehen!

Aktive Stadtentwicklung kann nicht ohne die notwendigen Ressourcen gelingen. Von daher danke ich dem Bund und dem Land Hessen, dass wir in den vergangenen Jahren in erheblicher Weise durch Stadtentwicklungsprogramme unterstützt wurden. Besonders gute Beispiele für Projekte, die wir in Fulda mit Hilfe von Bundes- und Landesprogrammen entwickeln, sind das Kerber-Areal und die Landesgartenschau.

Bitte erlauben Sie an dieser Stelle einen kurzen Rückblick – auch wenn dies im Rahmen einer Haushaltseinbringung eher ungewöhnlich ist.

Heute vor 12 Tagen endete das Programm der Landesgartenschau. Wenngleich die Veranstaltungen beendet wurden, werden uns die Errungenschaften der LGS 2023 über Jahrzehnte im wahrsten Sinne des Wortes nachhaltig prägen. Wir können dankbar dafür sein, dass das Leitmotiv „Fulda verbindet“ mit Leben erfüllt werden konnte. Die Zahlen und Bilanzen sind beeindruckend. Rund 600.000 Besucher stehen dafür, dass unsere Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern in vielfacher Hinsicht sogar übertroffen wurden. Doch viel beeindruckender als diese Zahlen sind der Zusammenhalt und die Gemeinschaft, die diese LGS gestiftet hat. Mehr als 500 Menschen haben sich für die LGS ehrenamtlich engagiert. Und mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger haben sich in einem Kernteam über lange Zeit hinweg kontinuierlich für die LGS ehrenamtlich eingesetzt. Das zeigt: Auch heute ist es noch möglich, Menschen für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen! Dafür können wir auch in diesem Rahmen herzlich Danke sagen!

Zusammenhalt haben auch Sie in der Stadtverordnetenversammlung unter Beweis gestellt, indem Sie fraktionsübergreifend in den vergangenen Jahren keinen Zweifel daran gelassen haben, dass wir Gastgeber der Landesgartenschau 2023 sein wollen. Diese Zuversicht hat sich gelohnt. Dafür möchte ich Ihnen allen herzlich danken!

Und natürlich richten wir auch mit dem Haushalt 2024 bereits den Blick nach vorn. Der Hessentag 2026 steht schon vor der Tür. Dieser kann uns erneut - auch in schwierigen Zeiten – einen wichtigen Impuls für die Stadtentwicklung geben!

Der Begriff der Stadtentwicklung klingt sicher sehr abstrakt. Wer ganz konkret erleben möchte, welche positive Errungenschaften wir mit der Stadtentwicklung in Fulda erreicht haben, der sei herzlich zum Besuch des neuen Wirgartens morgen ab 11.00 Uhr eingeladen!

## VIII.

### **Sicherheit und Ordnung, Ehrenamt:**

Meine Damen und Herren, das Thema Sicherheit stand in den Haushaltsberatungen in den vergangenen Jahren eher selten im Mittelpunkt des Interesses. Dies hat sich

auf tragische Weise geändert. Seit dem Februar des vergangenen Jahres stehen wir alle unter dem Eindruck des Kriegs in der Ukraine. Nun macht uns der Terror der Hamas fassungslos. Meine Damen und Herren, um es ganz klar zu sagen: für diesen Terror kann es keinerlei Rechtfertigung oder Relativierung geben! Das Leid der Menschen in Israel, aber auch das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung sowie die Spirale der Gewalt und des Hasses führen uns erneut vor Augen, dass wir in Deutschland keineswegs eine Insel der Glückseligen, sondern Teil einer Weltgemeinschaft sind.

Die internationalen Krisen, die Kriege und der Terrorismus betreffen auch uns vor Ort. Das zeigt auf beklemmende Weise der Brandanschlag auf die Synagoge in Berlin.

Wir müssen darauf vorbereitet sein, unsere Bevölkerung vor Gewalt zu schützen und wir müssen bereit sein, für unsere Freiheit einzustehen.

Dies kommt auch im Haushalt 2024 zum Ausdruck, der wiederum rund 400.000 EUR für den weiteren Aufbau von Strukturen im Zivilschutz vorsieht.

Die Stadtpolizei und die Feuerwehr sind die Grundpfeiler unserer Gefahrenabwehr. Unsere Feuerwehr ist dabei durch das enge Miteinander von Haupt- und Ehrenamt geprägt.

Umso mehr sind wir in Verpflichtung, für eine bestmögliche Ausstattung unserer Einsatzkräfte zu sorgen. Dabei darf es keinen Unterschied machen, ob die Mitglieder unserer Wehren haupt- oder ehrenamtlich tätig sind.

Im Investitionsbereich werden für die Feuerwehren 2024 Mittel von rund 3,6 Mio. EUR und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rund 500.000 EUR bereitgestellt. 2 Mio. EUR sind allein für die Beschaffung von Fahrzeugen vorgesehen. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stehen wir verlässlich für die Investitionen in das Feuerwehrhaus Dietershan und den neuen Feuerwehrstützpunkt-Süd.

## IX.

### **Klinikum**

Meine Damen und Herren, im Zuge der Pandemie haben wir sicher einmal mehr zu schätzen gelernt, was es bedeutet, über eine gute medizinische Versorgung und leistungsfähige Krankenhäuser zu verfügen.

Ich bin dankbar dafür, dass Sie sich in der Stadtverordnetenversammlung über Fraktionsgrenzen hinweg zur kommunalen Trägerschaft des Klinikums bekennen.

Haushalterisch ist es wahrhaftig eine Herausforderung – das klingt leider beinahe euphemistisch – Träger eines Maximalversorgers zu sein.

Wenn wir mit Blick auf das Haushaltsjahr 2024 und die folgenden Jahre immer klarer zur Erkenntnis kommen müssen, dass die Leistungsfähigkeit unseres Haushalts begrenzt ist, hat dies vor allem eine Ursache:

Seit 2015 haben wir mehr als 50 Mio. EUR aus städtischen Mitteln in das Klinikum Fulda investiert – obwohl die Krankenhausfinanzierung dem Gesetz nach gar nicht unsere Aufgabe ist. Die gesetzlich definierte duale Krankenhausfinanzierung bedeutet: Der Bund ist für die Kosten des laufenden Betriebs zuständig. Die Bundesländer für die Investitionen. Eigentlich!

Die Realität sieht gänzlich anders aus. Trotz aller begrüßenswerten Reformansätze des Bundes ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Rahmenbedingungen in der Krankenhausfinanzierung zeitnah verbessern. Das ist nicht nur meine These, sondern auch die Überzeugung des Staatssekretärs im Bundesgesundheitsministerium, Herrn Edgar Franke, der das Klinikum vor einigen Wochen besucht hatte. Diese ernüchternde Erkenntnis betrifft im Fulda nicht nur das Klinikum, sondern auch das Herz-Jesu-Krankenhaus.

Dass die Insolvenz von traditionsreichen und für die Versorgung unstreitig wichtigen Krankenhäusern kein theoretisches Szenario mehr ist, lässt sich durch Fakten belegen. Nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft haben allein seit November 2022 26 Träger mit insgesamt 34 Krankenhäusern Insolvenz angemeldet.

Die entscheidende Frage ist mittlerweile, welche Krankenhäuser die angekündigte Krankenhausreform überhaupt noch erleben!

Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Ministerpräsidentenkonferenz in Frankfurt/Main am 13. Oktober 2023 den Bund dazu aufgefordert hat, noch für 2023 ein Soforthilfeprogramm in Höhe von 5 Mrd. EUR für existenzbedrohte Kliniken aufzulegen. Ich bin leider skeptisch, ob dies geschehen wird.

Auch für 2024 ist davon auszugehen, dass unser Klinikum trotz des immensen Engagements seiner Mitarbeitenden weiterhin auf kommunale Unterstützung angewiesen sein wird.

Deshalb müssen wir mit unserer Haushaltspolitik dafür Sorge tragen, dass wir als Stadt gemeinsam mit dem Landkreis jederzeit handlungsfähig sind.

Es ist eine in Deutschland einmalige Situation, dass eine Stadt mit gerade einmal 70.000 Einwohnern Trägerin eines Krankenhauses der Maximalversorgung ist, welches nicht nur die Versorgung für rund 500.000 Menschen leistet, sondern auch noch eine Vorreiterrolle bei der universitären Mediziner Ausbildung spielt.

Wir sind bereit und gewillt, auch in schwierigen Zeiten diese Verantwortung zu übernehmen. Doch wir müssen auch weiterhin für eine Verbesserung der Krankenhausfinanzierung kämpfen!

Der Haushalt 2024 ist ein neues klares Bekenntnis zum Klinikum in kommunaler Trägerschaft! Ich bitte Sie erneut um Ihre Unterstützung!

## X.

### **Klima, Natur- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit**

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der weltweiten Krisen droht erneut die Gefahr, dass der Klimawandel als die existenzielle Herausforderung unserer Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung von anderen Themen überlagert wird und an Bedeutung für das politische Handeln verliert.

Umso wichtiger ist es, dass wir mit Sinn für das Machbare, Kontinuität und einer klaren Strategie unseren Beitrag dazu leisten, um die Folgen des schon jetzt spürbaren Klimawandels zu mildern und das Ziel einer Dekarbonisierung zu erreichen.

Den Blick für das Machbare soll auch die Fortschreibung unseres Klimaschutzkonzeptes aus dem Jahr 2013 schärfen. Ich halte es für wichtig und richtig, dass wir uns dabei extern beraten lassen. Die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes wird – so viel steht bereits jetzt schon fest – eine Vielzahl von Empfehlungen und Einschätzungen formulieren. Letztlich werden wir als städtische Gremien im Laufe des Jahres 2024 abwägen und entscheiden müssen, welche Maßnahmen wir als zielführend erachten und welche Maßnahmen mit Blick auf ihre sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen machbar sind.

Ohne den Ergebnissen der derzeit laufenden Machbarkeitsstudie vorweggreifen zu wollen, steht bereits jetzt fest, dass wir den Ausbau der erneuerbaren Energien stark forcieren müssen. Hier wird kein kleinteiliger Aktionismus helfen. Wir brauchen eine klare Strategie. Deshalb ist es aus meiner Sicht zielführend, dass wir im Rahmen eines Masterplans die Flächen konkret betrachten, die auf dem begrenzten Gebiet der Stadt Fulda für die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien in Betracht kommen. Auch um diese Ideen selbst oder in Kooperation mit Partnern praktisch umsetzen zu können, müssen wir dafür Sorgen tragen, dass wir mit dem Haushalt der Stadt Fulda stets handlungsfähig bleiben.

Handlungsfähigkeit wird auch gefragt sein, wenn es darum geht, die uns Städten zgedachten Aufgaben im Zusammenhang mit der Wärmewende und der kommunalen Wärmeplanung umzusetzen. Ohne erhebliche Unterstützung durch den Bund und die Länder sind die propagierten Ziele nicht vor Ort erreichbar!

Ein neuer und jetzt tatsächlich auch handlungsfähiger Akteur im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung ist der Wirgarten. Die enge Kooperation und Vernetzung von Kinderakademie, Umweltzentrum e.V. und dem Wirgarten ist eine große Errungenschaft, die neue Perspektiven für die Nachhaltigkeitsbildung – nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern für alle Altersgruppen – bietet. Mit diesem Angebot betreten wir Neuland. Der Haushalt 2024 schafft die finanzielle Basis dafür, dass hier neue Ideen und Konzepte entwickelt werden können!

## XI.

### **Investitionen, Kredite und Verschuldung:**

Ein klares Signal für die Notwendigkeit der Konsolidierung ist die Reduzierung der geplanten Investitionen von 129 Mio. EUR im Vorjahr auf 85,0 Mio. EUR im Haushalt 2024. Die vergangenen Jahre waren durch eine Reihe von dringend notwendigen oder als sinnvoll erachteten Großinvestitionen geprägt – wie z.B. der Bau der neuen Leitstelle, die Sanierung des Theaters, die Modernisierung des Stadions, der Kauf des Kerber-Areals und die Maßnahmen im Zuge der Landesgartenschau. Ich persönlich bin froh und dankbar, dass wir all diese Investitionen getätigt haben, bevor die Baupreise und die Zinsentwicklung eine ungeahnte Dynamik entfaltet haben. Heute müssten wir für all diese Investitionen noch ungleich höhere Aufwendungen tätigen.

Gleichwohl sollte es nun das Ziel sein, in den kommenden Jahren das Investitionsvolumen im Vergleich zu den vergangenen Jahren abzusenken bzw. zumindest nicht weiter auszuweiten.

In Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird es noch stärker als bisher darauf ankommen, zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren zu unterscheiden.

Im Finanzhaushalt 2024 sind Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von insgesamt 31,2 Mio. EUR veranschlagt. Dies erfolgt jedoch vorsorglich, um die jederzeitige Handlungsfähigkeit der Stadt auch in Krisensituationen zu gewährleisten. Nach Möglichkeit soll eine Kreditaufnahme in dieser Höhe vermieden werden.

Es ist geplant, Tilgungen in Höhe von 6 Mio. EUR zu leisten.

Ein Blick auf die Schuldenübersicht zeigt, dass der Anspruch der Generationengerechtigkeit in unserem Haushalt keine Worthülse, sondern Realität ist. In der Zeit zwischen 2013 und 2020 ist es uns gelungen, die Verschuldung von 104,5 Mio. EUR auf 43,2 Mio. EUR zu senken. In den vergangenen zwei Jahren sind die Verbindlichkeiten jedoch wieder gestiegen – vor allem aufgrund unseres Engagements für das Klinikum. Ende 2022 betrug der Stand der Kernschulden 68,3 Mio. EUR.

Ende 2023 kalkulieren wir mit einem Schuldenstand von 74,7 Mio. Für Ende 2024 können wir wieder mit einem etwas niedrigeren Schuldenstand von 72,7 Mio. rechnen. Voraussetzung für diese Absenkung wäre jedoch, dass die vorsorglich veranschlagten Kreditmarktmittel nicht in Anspruch genommen werden. Ob dies gelingt, ist angesichts der so zahlreichen Herausforderungen aber nicht sicher.

Festzuhalten bleibt, dass wir hessenweit gemeinsam mit Bad Homburg in der Gruppe der kreisfreien Städte und Sonderstatusstädte die geringste Verschuldung aufweisen. *Fulda mit Weitsicht gestalten* – das bedeutet konkret, für eine möglichst geringe Verschuldung einzutreten. Das sollte auch in Zukunft im Sinne der Generationengerechtigkeit unser Anspruch sein!

Meine Damen und Herren, der Blick nach Washington, Berlin und auch in die Nachbarschaft der Kommunen in Hessen zeigt, wie konfliktreich und emotionsgeladen Haushaltsberatungen verlaufen können. Umso mehr möchte ich Sie dazu einladen, bei allen unterschiedlichen Schwerpunkten und Perspektiven faire und konstruktive Haushaltsberatungen zu führen. Das ist aus meiner Sicht schon eine gute Fuldaer Tradition, die Ausdruck eines respektvollen Miteinanders ist.

Es ist keineswegs selbstverständlich, sondern es verdient Anerkennung, dass wir uns bei der Vorbereitung des Haushalts auf ein so kompetentes Team der Kämmerei verlassen können. Herzlichen Dank an Herrn Hildebrandt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Fulda, 20. Oktober 2023

Dr. Heiko Wingenfeld